H 13614

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

2002	Ausgegeben zu Wiesbaden am 26. April 2002	Nr. 7

Tag	Inhalt	Seite
10. 4. 02	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Energiewirtschaftsgesetz und der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten ..... *Ändert GVBl. II 56-7, 305-26*	70
11. 4. 02	Verordnung über das Tragen von Abzeichen der Amtsbezeichnung und anderer Kennzeichen an der Dienstkleidung der Polizei des Landes ..... *GVBl. II 310-92*	73
24. 3. 02	Verordnung zur Bestimmung der Zentralstelle nach der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten ..... *GVBl. II 20-25*	76
13. 4. 02	Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für die Lehrämter ..... *Ändert GVBl. II 322-116*	77
15. 3. 02	Verordnung über die Bestellung von Sachverständigen nach dem Ingenieurkammergesetz ..... *GVBl. II 50-36*	80

Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Energiewirtschaftsgesetz und der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

Vom 10. April 2002

Artikel 1[1])

Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Energiewirtschaftsgesetz

Aufgrund des § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 (GVBl. I S. 98) wird verordnet:

Die Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Energiewirtschaftsgesetz vom 6. Juli 1998 (GVBl. I S. 283) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
   a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
      aa) Nach der Fundstellenbezeichnung „(BGBl. I S. 730)" werden ein Komma und die Worte „zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. November 2001 (BGBl. I S. 2992)," eingefügt.
      bb) Als neue Nr. 1 wird eingefügt:
         „1. für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens nach § 11a, der Festsetzung der Entschädigung nach § 11b Abs. 3 und die Zulässigkeit der Enteignung nach § 12 das Regierungspräsidium,".
      cc) Die bisherigen Nr. 1 und 2 werden Nr. 2 und 3.
   b) In Abs. 2 wird die Angabe „Nr. 2" durch „Nr. 3" ersetzt.
2. In § 2 wird folgender Satz 2 angefügt:
   „Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft."

Artikel 2[2])

Änderung der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

Aufgrund des § 2 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der Fassung vom 3. Januar 1995 (GVBl. I S. 2), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 2001 (GVBl. I S. 434), wird verordnet:

Das Verwaltungskostenverzeichnis Teil A zur Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten vom 22. November 1990 (GVBl. I S. 647), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. August 2000 (GVBl. I S. 438), wird wie folgt geändert:

1. Nach Nr. 1714 werden als neue Nr. 1715 und 1716 eingefügt:

Nr.	Gegenstand	Als Gebühren sind zu erheben		
		Bemessungsgrundlage	von EUR	(bis) EUR
1	2	3	4	5
1715	Planfeststellung zur Errichtung und zum Betrieb sowie der Änderung von Hochspannungsfreileitungen und Gasversorgungsleitungen (§ 11a Abs. 1 Satz 1 EnWG) bei Investitionskosten bis			
17151	1 000 000 EUR			9 000
17152	3 000 000 EUR			13 000
17153	5 000 000 EUR			16 000
17154	über 5 000 000 EUR	jede weiteren 2 000 000 EUR zusätzlich		2 000
1716	Plangenehmigung zur Errichtung und zum Betrieb sowie der Änderung von Hochspannungsfreileitungen und Gasversorgungsleitungen (§ 11a Abs. 1 Satz 2 EnWG)	75 v. H. nach Nr. 1715 bis 17154		

[1]) Ändert GVBl. II 56-7
[2]) Ändert GVBl. II 305-26

2. Die bisherigen Nr. 1715 und 1716 werden Nr. 1717 und 1718.

3. Nach Nr. 1841 werden als neue Nr. 1842 bis 18435 eingefügt:

Nr.	Gegenstand	Als Gebühren sind zu erheben		
		Bemessungs-grundlage	von EUR	(bis) EUR
1	2	3	4	5
1842	Amtshandlungen nach der Transportgenehmigungsverordnung (TgV)			
18421	Erstmalige Erteilung einer Transportgenehmigung (§ 49 KrW-/AbfG i.V. m. § 8 TgV)		250	5 000
18422	Erstmalige Erteilung einer inhaltlich beschränkten oder befristeten Transportgenehmigung (§ 49 KrW-/AbfG i.V. m. § 8 TgV) oder Erteilung einer Transportgenehmigung nach einer wesentlichen Änderung der für die Erfüllung der Genehmigungsvoraussetzungen erheblichen Umstände (§ 49 KrW-/AbfG i.V. m. § 8 TgV)		50	5 000
18423	Anerkennung eines Lehrgangs (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 TgV)			1 000
1843	Amtshandlungen nach der Verordnung EWG/259/93 zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Europäischen Gemeinschaft (EG-AbfVerbrV) und nach dem Gesetz über die Überwachung und Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen (AbfVerbrG)			
18431	Einzel- und Sammelgenehmigungen und schriftliche Zustimmungen sowie sonstige Maßnahmen im Rahmen von Notifizierungen nach Art. 4 Abs. 2, Art. 7 Abs. 2, Art. 10, 15, 17, 20, 22, 28 i.V. m. Art. 33 EG-AbfVerbrV und § 4 AbfVerbrG		50	5 000
18432	Erhebung von Einwänden nach Art. 4 Abs. 2 und 3, Art. 7 Abs. 4, Art. 10, 15, 17, 20, 22 i.V. m. Art. 33 EG-AbfVerbrV und § 4 AbfVerbrG	nach Zeitaufwand		
18433	Beschluss nach Art. 9 EG-AbfVerbrV auf Antrag des Anlagenbetreibers		100	5 000
18434	Maßnahmen der Überwachung der grenzüberschreitenden Abfallverbringung nach Art. 30 i.V. m. Art. 33 EG-AbfVerbrV und § 4 AbfVerbrG	nach Zeitaufwand		
18435	Maßnahmen aufgrund gescheiterter oder illegaler Abfallverbringungen nach Art. 25 und 26 EG-AbfVerbrV i.V. m. Art. 33 EG-AbfVerbrV und § 6 AbfVerbrG	nach Zeitaufwand		

Artikel 3
In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 10. April 2002

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident

Koch

Der Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

Dietzel

Der Minister der Finanzen

Weimar

Verordnung über das Tragen von Abzeichen der Amtsbezeichnung und anderer Kennzeichen an der Dienstkleidung der Polizei des Landes*)

Vom 11. April 2002

Aufgrund des § 114 Satz 1 in Verbindung mit § 98 Abs. 2 Satz 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 31. März 1994 (GVBl. I S. 174, 284), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2000 (GVBl. I S. 577), wird verordnet:

§ 1

(1) Die Dienstkleidung der Beamtinnen und Beamten der Schutzpolizei, der Bereitschaftspolizei und der Wasserschutzpolizei ist mit Abzeichen der Amtsbezeichnung, mit Ärmelabzeichen, mit Mützeneffekten und bestimmten Knöpfen zu versehen.

(2) Form, Farbe und Trageweise der Abzeichen, Mützeneffekte und Knöpfe ergeben sich aus der Anlage.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft.

Wiesbaden, den 11. April 2002

Der Hessische Minister
des Innern und für Sport

Bouffier

*) GVBl. II 310-92

Anlage

Abzeichen der Amtsbezeichnung, Ärmelabzeichen, Mützeneffekte und Knöpfe an der Dienstkleidung der Polizei

I. Abzeichen der Amtsbezeichnung
(vgl. Abbildungen)

1. Schutzpolizei und Bereitschaftspolizei

Die Abzeichen der Amtsbezeichnung bestehen aus abnehmbaren Schulterklappen aus grünem Stoff mit Lasche. Klappe und Lasche werden durch einen Druckknopf, altgoldfarbig, gekörnt, 16 mm, verbunden und an einem am Bekleidungsstück angebrachten Stofftunnel befestigt.

Auf den Schulterklappen sind angebracht

im mittleren Dienst grüne Sterne,

bei Polizeikommissar-Anwärterinnen und -Anwärtern ein 0,4 cm breiter silberfarbener Streifen,

im gehobenen Dienst silberfarbene Sterne,

im höheren Dienst bis zur Leitenden Polizeidirektorin und zum Leitenden Polizeidirektor goldfarbene Sterne und

im höheren Dienst ab Besoldungsgruppe B 2 goldfarbene Sterne umgeben von einem goldfarbenen Eichenlaub.

2. Wasserschutzpolizei

2.1. Die Abzeichen der Amtsbezeichnung bestehen aus abnehmbaren Schulterklappen aus blauem Stoff mit Lasche. Klappe und Lasche werden durch einen goldfarbenen Druckknopf mit Ankersymbol, 16 mm, verbunden und an einem am Bekleidungsstück angebrachten Stofftunnel befestigt. Auf den Schulterklappen sind goldfarbene Streifen angebracht.

2.2. Auf den Tuchjacken bestehen die Abzeichen der Amtsbezeichnung aus rings um beide Ärmel geführten goldfarbenen Streifen.

Der unterste Streifen wird 8 cm oberhalb der Ärmelkante, die übrigen Streifen werden darüber 2 mm voneinander entfernt angebracht. Je ein goldfarbener Poli-

zeistern aus Metall mit dem Landeswappen ist von dessen Mittelpunkt gemessen 1,5 cm oberhalb der Streifen angebracht. Er hat einen Durchmesser von 2,2 cm.

II. Ärmelabzeichen
(vgl. Abbildungen)

1. Schutzpolizei und Bereitschaftspolizei

Die Ärmelabzeichen in Schildform aus grünem Stoff sind in der Mitte mit dem Landeswappen versehen. Über dem Landeswappen steht das Wort „POLIZEI". Die Schrift und der Randstreifen sind goldfarben. Die Ärmelabzeichen werden am linken Ärmel angebracht. Bei Strickbekleidungsstücken werden die Abzeichen auf der linken Brustseite angebracht.

2. Wasserschutzpolizei

Die Ärmelabzeichen in Schildform sind aus blauem Stoff und tragen in der Mitte das Landeswappen. Über dem Landeswappen steht das Wort „POLIZEI". Die Schrift und der Randstreifen sind goldfarben. Die Ärmelabzeichen werden am linken Ärmel angebracht. Bei Strickbekleidungsstücken werden die Abzeichen an der linken Brustseite angebracht.

III. Mützeneffekte

1. Schutzpolizei und Bereitschaftspolizei

Alle Schirmmützen tragen 1 cm unter dem oberen Rand des Schirms den altgoldfarbenen Polizeistern mit dem Landeswappen.

Die Schirmmützen für die Beamtinnen und Beamten im mittleren Dienst sind mit einer gründurchwirkten Silberkordel versehen. Für die Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes ist die Mützenkordel silberfarben, für Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes goldfarben.

2. Wasserschutzpolizei

Alle Schirmmützen tragen 1 cm unter dem oberen Rand des Schirms den goldfarbenen Polizeistern. Unmittelbar darunter ist die Kokarde in den Bundesfarben, umrahmt von einem goldfarbenen Eichenlaubkranz angebracht.

Die Schirmmützen sind mit goldfarbenen Mützenkordeln und goldfarbenen Knöpfen versehen.

IV. Knöpfe

1. Schutzpolizei und Bereitschaftspolizei

Die Metallknöpfe sind altgoldfarben und gekörnt.

2. Wasserschutzpolizei

Die Metallknöpfe sind goldfarben und mit einem Ankersymbol versehen.

Schutzpolizei und Bereitschaftspolizei

Polizeimeister/in

Polizeiobermeister/in

Polizeihauptmeister/in

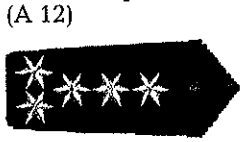
Polizeikommissaranwärter/in

Polizeikommissar/in

Polizeioberkommissar/in

Polizeihauptkommissar/in
(A 11)

Polizeihauptkommissar/in
(A 12)



Erste/r
Polizeihauptkommissar/in

Polizeirat/Polizeirätin

Polizeioberrat/Polizeioberrätin

Polizeidirektor/in

Leitende/r Polizeidirektor/in

Vizepräsident/in
der Hessischen
Bereitschaftspolizei

Abteilungsdirektor/in
PP Frankfurt

Landespolizeidirektor/in

Präsident/in
der Hessischen
Bereitschaftspolizei

Wasserschutzpolizei

Polizeiobermeister/in

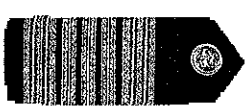
Polizeihauptmeister/in

Polizeikommissar/in

Polizeioberkommissar/in

Polizeihauptkommissar/in
(A 11)

Polizeihauptkommissar/in
(A 12)



Erste/r
Polizeihauptkommissar/in

Polizeirat/Polizeirätin

Polizeioberrat/
Polizeioberrätin

Polizeidirektor/in

Leitende/r Polizeidirektor/in

Verordnung zur Bestimmung der Zentralstelle nach der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten*)

Vom 24. März 2002

Aufgrund des § 4 Abs. 3 des EG-Zustellungsdurchführungsgesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1536) in Verbindung mit § 1 Abs. 2 Nr. 33 der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege vom 17. Oktober 1996 (GVBl. I S. 466), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Dezember 2001 (GVBl. I S. 524), wird verordnet:

§ 1

Zur Zentralstelle im Sinne von Art. 3 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (ABl. EG Nr. L 160 S. 37) wird das Hessische Ministerium der Justiz bestimmt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft.

Wiesbaden, den 24. März 2002

Der Hessische Minister
der Justiz

Dr. Wagner

*) GVBl. II 20-25

Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für die Lehrämter*)

Vom 13. April 2002

Aufgrund des § 4 Abs. 3 des Gesetzes über das Lehramt an öffentlichen Schulen in der Fassung vom 3. März 1992 (GVBl. I S. 106), geändert durch Gesetz vom 2. April 2001 (GVBl. I S. 175), wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für die Lehrämter vom 25. Oktober 1999 (GVBl. I S. 427), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14. September 2001 (GVBl. I S. 427), wird wie folgt geändert:

Die Anlage erhält folgende Fassung:

„Anlage zu § 8

Aufgliederung der Ausbildungsplätze oder Ausbildungsstellen nach Lehrämtern sowie Unterrichtsfächern, Fachrichtungen oder Berufsfeldern

1. Lehramt an Grundschulen bzw. für die Grundstufe

Unterrichtsfach	Ausbildungsstellen ab 1. 5. 2002	Ausbildungsstellen ab 1. 11. 2002
Evangelische Religion	110	110
Katholische Religion	80	80
Deutsch	300	300
Mathematik	285	300
Kunst	75	75
Musik	75	75
Sport	180	180
Fremdsprachen	105	110
Sonstige	40	40
Ausbildungsstellen gesamt	**1250**	**1270**

2. Lehramt an Haupt- und Realschulen bzw. für die Mittelstufe

Unterrichtsfach	Ausbildungsplätze ab 1. 5. 2002	Ausbildungsplätze ab 1. 11. 2002
Evangelische Religion	50	55
Katholische Religion	40	45
Deutsch	120	120
Kunst	60	65
Musik	70	75
Mathematik	135	150
Physik	70	80
Chemie	60	60
Biologie	60	60
Arbeitslehre	45	45
Geschichte	45	45
Erdkunde	45	45
Sozialkunde	45	45
Sport	100	110
Englisch	140	160
Französisch	45	50
Russisch	10	10
Ausbildungsplätze gesamt	**1140**	**1220**
Ausbildungsstellen gesamt	**570**	**610**

*) Ändert GVBl. II 322-116

3. Lehramt an Sonderschulen

Fachrichtung	Ausbildungsplätze ab 1. 5. 2002	Ausbildungsplätze ab 1. 11. 2002
Lernhilfe	360	380
Praktisch Bildbare	290	290
Erziehungshilfe	200	210
Sprachheilpädagogik	200	210
Körperbehindertenpädagogik	75	75
Gehörlosenpädagogik	15	15
Hörbehindertenpädagogik	5	5
Blindenpädagogik	10	10
Sehbehindertenpädagogik	5	5
Ausbildungsplätze gesamt	**1160**	**1200**
Ausbildungsstellen gesamt	**580**	**600**

4. Lehramt an Gymnasien bzw. für die Mittel- und Oberstufe

Unterrichtsfach	Ausbildungsplätze ab 1. 5. 2002	Ausbildungsplätze ab 1. 11. 2002
Evangelische Religion	110	120
Katholische Religion	85	90
Philosophie/Ethik	20	25
Deutsch	340	340
Kunst	130	140
Musik	150	160
Mathematik	330	340
Physik	230	240
Chemie	220	230
Biologie	215	220
Informatik	90	100
Geschichte	150	150
Erdkunde	120	120
Sozialkunde	150	150
Sport	260	270
Englisch	320	340
Französisch	210	220
Russisch	20	20
Spanisch	20	20
Italienisch	10	15
Latein	80	90
Griechisch	10	10
Sonstige	80	80
Ausbildungsplätze gesamt	**3350**	**3490**
Ausbildungsstellen gesamt	**1675**	**1745**

5. Lehramt an beruflichen Schulen

Berufsfeld	**Ausbildungsstellen**	
	ab 1. 5. 2002	**ab 1. 11. 2002**
01 Metalltechnik	90	100
02 Elektrotechnik	80	90
03 Bau- und Holztechnik	20	20
04 Drucktechnik	15	15
05 Chemie, Physik und Biologie	10	10
06 Wirtschaft und Verwaltung		
– Fremdsprachen	70	75
– Sonstige	140	150
07 Ernährung und Hauswirtschaft	25	30
08 Gesundheit	25	25
09 Textiltechnik und Bekleidung	10	15
10 Körperpflege	10	10
11 Agrarwirtschaft	10	10
12 Farbtechnik und Raumgestaltung	15	15
13 Sozialwesen	30	35
Ausbildungsstellen gesamt	**550**	**600"**

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 2002 in Kraft.

Wiesbaden, den 13. April 2002

Die Hessische Kultusministerin

Wolff

Verordnung über die Bestellung von Sachverständigen nach dem Ingenieurkammergesetz*)

Vom 15. März 2002

Aufgrund des § 2 Abs. 3 des Ingenieurkammergesetzes vom 30. September 1986 (GVBl. I S. 281), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2001 (GVBl. I S. 595), in Verbindung mit § 36 Abs. 1 und 2 der Gewerbeordnung wird verordnet:

§ 1

Die Befugnis zur öffentlichen Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen für die im Ingenieurkammergesetz geregelten Berufsaufgaben wird unbeschadet der Zuständigkeit der Industrie- und Handelskammern nach § 6 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 6. November 1957 (GVBl. I S. 147), geändert durch Gesetz vom 27. Februar 1998 (GVBl. I S. 34, 40), der Ingenieurkammer des Landes Hessen übertragen.

§ 2

Die Ingenieurkammer des Landes Hessen erlässt durch Satzung die in § 36 Abs. 3 der Gewerbeordnung genannten Vorschriften über die Voraussetzungen für die Bestellung sowie über die Befugnisse und Verpflichtungen der öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit. Die Satzung ist der Aufsichtsbehörde binnen einer Frist von vier Wochen nach der Beschlussfassung vorzulegen.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft.

Wiesbaden, den 15. März 2002

Der Hessische Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Posch

*) GVBl. II 50-36

Absender: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1
34212 Melsungen
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 14 00
ISDN: (0 56 61) 73 13 61, Internet: www.bernecker.de
Druck: A. Bernecker GmbH & Co. Druckerei KG,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 12 89
Vertrieb und Abonnementverwaltung:
Faber Direktmarketing, Bunsenstraße 200, 34127 Kassel,
Tel.: (05 61) 9 83 66 25, Fax: (05 61) 9 83 66 33
Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorliegen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzleistungen.
Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 46,53 EUR einschl. MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang von 16 Seiten EUR 3,58. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der Preis um 2,86 EUR je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.